

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 42

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

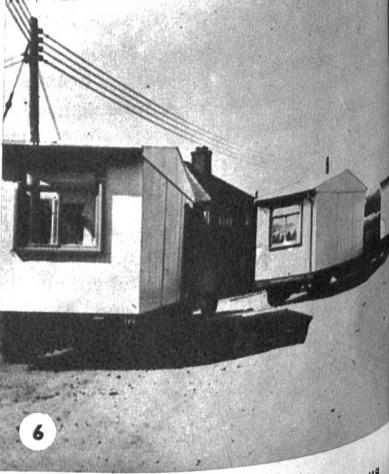
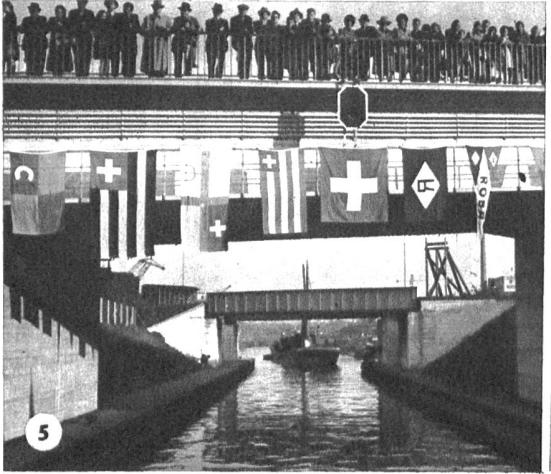
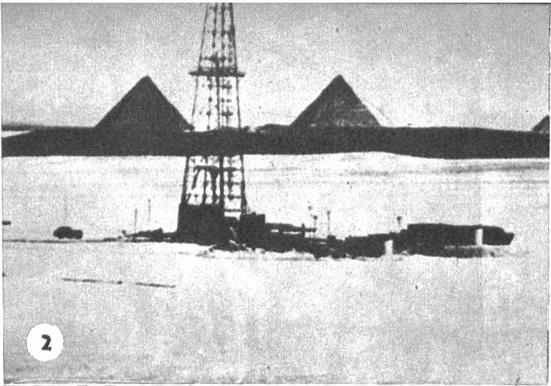
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



1 Die Japaner wissen sich zu helfen! Da es in Tokio nicht nur an Wohnungen mangelt, sondern auch an Geschäftslokalitäten, hat ein findiger Unternehmer alte Tram- und Autobuswagen hervorgeholt und mit einigen Brettern in Bureaux, Wohnungen und Werkstätten umgewandelt. (ATP)

2 Die Standard Oil Co. of Egypt, eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company of New Jersey, hat in Gizeh, in unmittelbarer Nähe der berühmten Pyramiden, mit Bohrungen nach Erdöl begonnen. Unser Bild zeigt den ersten Bohrturm bei Gizeh. Im Hintergrund die Pyramiden. Das Bohrloch hat bereits eine Tiefe von 1750 m. (Photopress)

3 Der südafrikanische Premierminister, Mar- schall Smuts, weilte gegenwärtig in Holland und umriss das von Churchill in Zürich auf- gegriffene Problem des Zusammenschlusses der europäischen Völker. Unser Bild

zeigt Feldmarschall Smuts beim Empfang im königlichen Palast. (Photopress)

4 Von Schlieren aus wurde am Sonntag erstmals wieder nach jahrelangem Unterbruch eine Ballonflugjagd organisiert in Zusammenarbeit mit der Ballongruppe Zürich und dem Schweizerischen Automobilklub. Vier Aerostaten wurden auf den Füllplatz beim Gaswerk flugklar gemacht. Unser Bild zeigt die Ballone kurz vor dem Abflug. (Photopress)

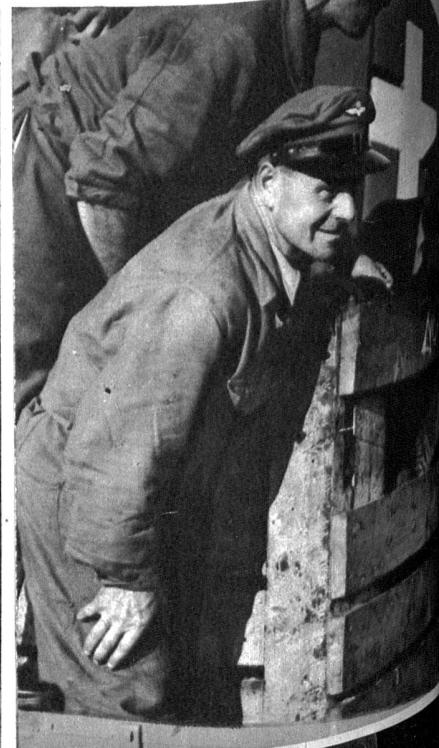
5 Im Rahmen der Internationalen Schiffahrtstagung in Basel wurde am Samstag das Hafenbecken II, Klein-Hünigen, eingeweiht, das lange Zeit trockengelegt war. (Photopress)

6 Die «squatters» haben zumindest erreicht, dass jetzt in England mit dem Bau von Wohnbaracken Ernst gemacht wurde. In genau 58½ Minuten werden diese schmuk-

ken, einfachen Aluminium-Häuschen aus dem vorbereiteten Material zusammenge- setzt. Die Häuschen, die auf Lastwagen ihrem Bestimmungsort zugeführt werden enthalten je ein Ess- und zwei Schlafzim- mern, eine Küche, ein mit dem Abort kom- biniertes Badezimmer und eine Wohndiele. (ATP)

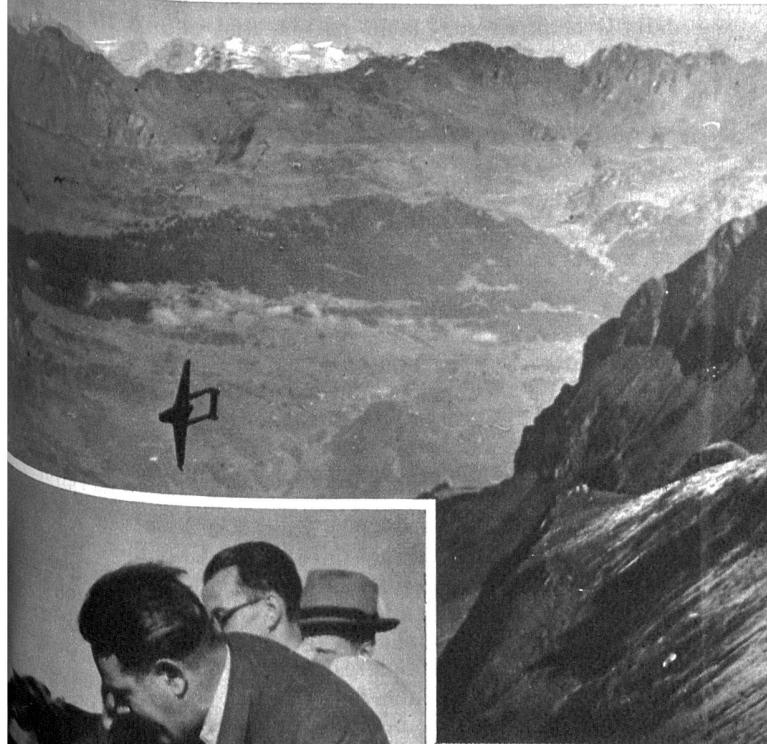
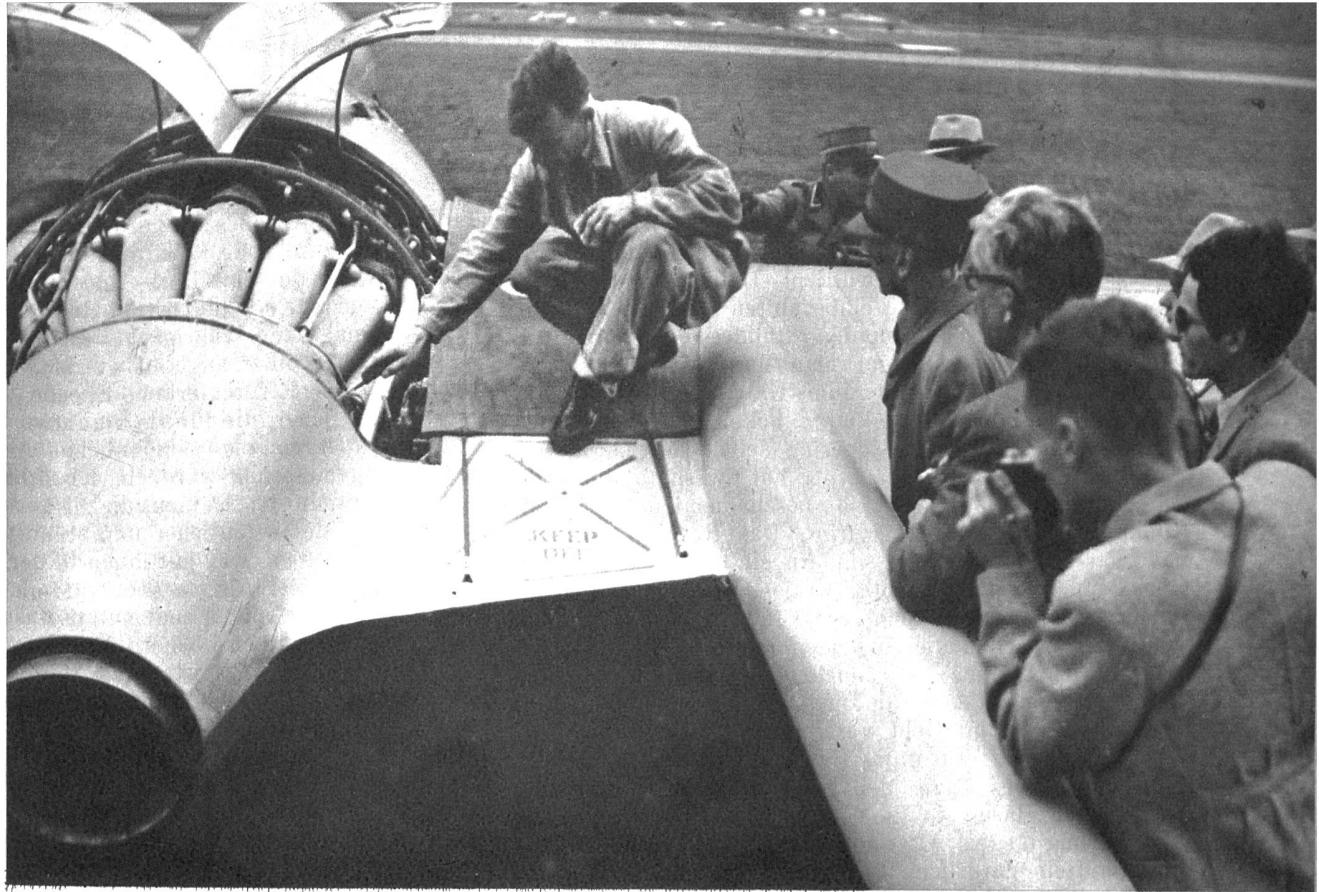
7 Die italienische Hauptstadt hat einige er- regende Tage hinter sich. Nachdem ein Strassenbauunternehmen einige Tausend Arbeiter entlassen hatte, zogen die arbeits- los gewordenen Männer, denen sich weitere Beschäftigungslose anschlossen, vor dem In- nemministerium und versuchten den Palast zu stürmen.

8 Zwei der vier für den schweizerischen Na- tionalzirkus Knie bestimmten Eisbären sind am letzten Samstag auf dem Luftwege von Kopenhagen nach Dübendorf überflogen worden.



Schweizerische Düsenjäger - Spezialisten erklären auf dem Réduitflugplatz Unterbäch-Mehringen Pressevertretern das Düsenaggregat.

Unten:
Der Düsenjägerpilot Major Frey, fliest die Maschine eine atemberaubende Steilcurve und verwindet hinter
dem nächsten Grat.



Ein «Vampire» revolutioniert unsere Luftwaffe

Eindrucksvolle Demonstration eines Düsenjägers im Hochgebirge

Die schweizerische Militärflugzeugproduktion und unsere Luftwaffe haben es erleben müssen, dass ihre zwei neuesten Typen, die C 3604 und D 3802 veraltet sind, bevor sie ihre ersten Probeflüge absolviert hatten. Beide Flugzeugtypen, mit 1'50 PS-Motoren ausgerüstet, welche die Maschine maximale Fluggeschwindigkeiten von 560, bzw. 630 km/h erreichen lassen, werden durch den englischen De Havilland «Vampire» mit Düsenantrieb im wahrsten Sinne des Wortes weit überflügelt. Eine auffallende Wendigkeit, eine unglaubliche Abstufung der Geschwindigkeiten zeichnen den Düsenjäger aus, der auf jedem schweizerischen Réduit-Flugplatz glatt landen kann! Die verantwortlichen Instanzen im Kdo. der Flieger- und Flabtruppen, in der KTA und im Militärdepartement haben bereits die Konsequenz aus dieser Sachlage gezogen und die sofortige Einstellung unserer eigenen Produktion angeordnet. Die Schweiz will Schritte zum Ankauf von Düsenjägern in England unternehmen und hofft später diese Maschinen in Lizenz hier bauen zu können.

Rechts:
Auf dem Flugplatz Sitten ereignete sich ein schwerer Flugunfall, dem Hauptmann Max Kamber aus Bern, Pilot des Zielfliegerkorps, zum Opfer fiel. Er hatte den Auftrag, mit einem Morane-Apparat Zielflüge durchzuführen.

Rechts aussen:
Kurz vor der Erreichung seines 80. Geburtstages ist in Bern der Ehrenpräsident des Schweizerischen Schützenvereins, Oberst Adolf Schweighäuser, gestorben. Oberst Schweighäuser war während 10 Jahren Präsident des Schweiz. Schützenvereins. (Photopress)



POLITISCHE RUND SCHAU

Finanzierung der Altersversicherung

-an- Es war eine Fügung des Schicksals, dass zur Zeit der Vollmachtenregierung durch den Bund die Ausgleichskassen eingeführt wurden. Dadurch, dass man einen Teil der fortdauernd einbezahlten Gelder, die nichts anderes als eine zweckgebundene Bundessteuer darstellen, der AHV zuweist, bekommt man nun, was man wahrscheinlich auf dem «Referendums-Kalvarienweg» nur unter allergrössten Schwierigkeiten bekommen hätte: Den Beitrag, welchen die Versicherten selber leisten. Es erinnere sich, wer ein Gedächtnis hat, weshalb die erste Versicherungsvorlage mit so beschämendem Mehr an «Nein» abgelehnt wurde. Das Resultat von damals war kein Mysterium, sondern ein sehr einfaches Rechenexempel: Niemand wollte zahlen. Das Kapital nicht, die Masse der Arbeiter nicht. Und selbstverständlich auch nicht, wer zwischen diesen beiden irgendwo in der Mitte steht. «Nicht zahlen» war auch die geheime und offene Parole all jener Leute, die meinten, an einer Versicherung müsse jemand Geld verdienen. Ist doch das Versicherungsgeschäft ein gutes Geschäft. Warum sollte der Bund nicht eines Tages den grossen Gesellschaften den allergrössten Hasen in die Küche jagen, die allgemeine Versicherung gegen Alter und Invalidität? Prämien aus Bundesmitteln natürlich... Darum also nicht auf diesen Hasen verzichten! Bachab mit einer Vorlage, an welcher niemand verdienen, die alle nur zum Zahlen verpflichtete, ausser den Alten und Hinterbliebenen, den Nutzniessern des Unternehmens. So dachte man damals.

Nun, heute fließt das Geld. Man bindet die «Steuer», die in den Ausgleichskassen zusammenläuft, an einen andern Zweck, und schon ist die Hälfte des Erforderlichen da. Ueber die zweite Hälfte, den *Beitrag des Bundes* — und der Kantone, wie es ursprünglich vorgesehen war — hat in der dritten Woche seiner diesjährigen *Herbstsession der Nationalrat zu beraten*. Es hat sich seit dem Sommer allerlei abgespielt, was uns über die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen hinlänglich aufklären kann. Die Kantonsregierungen lehnten mehrheitlich die ihnen zugemuteten Beiträge ab. Geld aber muss der Bund haben. Es ist nur die Frage, was er ausser der erhöhten Tabak- und Biersteuer für weitere Quellen anzapfen könnte. Die «Bundes-Nachlasssteuer», wie sie geplant war, wird dank der reichlich fließenden Beiträge an die Ausgleichskassen überflüssig. Damit wird ein Referendumskampf um einen notwendigen Bundesverfassungartikel vermieden. Auch dies ist eine Fügung des Schicksals, und eine gütige. Denn hier hätten einige verwerfende Stände der ganzen Vorlage ein Bein stellen können — durch Mittelverweigerung. Es wird nun zu einem einfachen Kampf um fiskalische Belastungen zugunsten der AHV kommen — mit dem Hintergrund der Widerstand leistenden Kreise, die belastet werden.

Um diese Belastungen wird im kommenden Frühjahr dann auch in der «eidgenössischen Schicksalsabstimmung» gerungen werden. Vieles entscheidet sich in dieser kommenden Abstimmung über die Gesamtvorlage der AHV: Wird man weiter an die Demokratie glauben dürfen? Die durch — undemokratische — Vollmachten geschaffene Ausgleichskasse hat dem demokratisch gesinnten Bürger Zahlen und Jasagen gewaltig erleichtert. Sollte die Sache am Rest scheitern — dann gnade der Himmel dem Glauben an die Möglichkeiten der Demokratie —

«Der Rest ist Schweigen...»

Der letzte Akt des Nazidramas ist in Nürnberg abgelaufen. Die zum Tode Verurteilten haben mit dem Strang gebüsst, wenn das eine Busse und Sühne für all die Taten und Untaten war, die im Dritten Reich geschahen und von der «schimmernden Wehrmacht» mehr als der Hälfte aller europäischen Völker angetan wurden. Eine Frage ist natürlich, ob eine so fürchterliche Epoche durch den «schändlichen Tod» jener, die für sie verantwortlich zeichnen, damit einen irgendwie versöhnlichen Abschluss gefunden habe. Angemessener wäre ein lebenslänglicher schwerer Arbeitsdienst in den Ruinen, die sie verursacht. Angemessener wäre, sie in täglicher und stündlicher Ungewissheit über das zu lassen, was mit ihnen in der nächsten Zukunft geschehen könnte. Angemessen wäre eine Aufsicht, die sie den zertretenen Sklaven zugemutet: Maschinengewehre, die sie mit den schwarzen Löchern ihrer Mündungen anglotzen. Es wäre dies eine grausamere Strafe als das entehrnde Hängen: Dass sie so leben müssten, wie ihre Opfer gelebt. Das Nürnberger Gericht hat sich als barmherzig erwiesen. Es gab kein Verschicken in die russischen Ruinen, oder in sibirische Bergwerke. Es gab den raschen Tod, dem nicht Hunger und tausendfaches Entsetzen vorausgegangen. Wir «Dachaukandidaten» in der Schweiz — wahrscheinlich zählt dazu ein gutes Viertel aller Eidgenossen — haben allen Anlass, uns Gedanken zu machen über das, was uns die Gehenkten zugesetzt hatten, und uns zu fragen, was wir ihnen davon gönnen möchten. Vielleicht werden wir milder gestimmt beim Gedanken, dass uns eine höhere Macht davor bewahrte, den Bestien in die Hände zu fallen... Und vielleicht werden wir sogar inne, dass wir dem Schicksal allerlei schuldig geworden. Vor allem, dass wir der Opfer gedenken, die an unserer Stelle litten...

Für die Verurteilten selbst mag es geheißen haben: «Der Rest ist Schweigen...» Nach einem grauenhaften Machtwahn, in dem alles menschliche Denken ertrank, jedes Bewusstsein dessen verblasst war, was in Jahrtausenden errungen worden, um die Seele aus der Verdammnis ewiger Angst hinauszuführen in ein Dasein, das mehr Würde und mehr Licht und Glück bieten würde, stürzten sie alle in die grösste Kläglichkeit hinab, wurden Gefangene, Verdammte, Ohnmächtige in jedem Belange. Nach einem Dasein immer wachsender Einbildung entschleierete sich vor ihnen das Bild ihrer nackten Existenz, und sie mussten erkennen, wer sie waren: Ein Nichts — weniger als ein Nichts. Es wurde ein anderes Erkennen als jenes, welches immer im andern Menschen das Nichts gesehen, das man straflos schänden durfte. Der antichristliche Nihilismus, der den unendlichen Wert jeder Menschenseele leugnete, bekam ein anderes Gesicht, als er auf das eigene Ich angewendet werden musste...

Man wird schon eine halbe Stunde bei den nunmehr ins Schweigen versunkenen «Mächtigen dieser Welt» verharren dürfen, und wäre es nur, um zu überlegen, dass die Welt nicht gefeit ist vor noch schrecklicheren Wiederholungen all dessen, was man den Gerichteten vorgeworfen und wofür man sie gerichtet hat. Die geistigen Ursachen, die zum verdammten «Dritten Reich» und zum Krieg führten, existieren weiter: Der Glaube an die Naturnotwendigkeit der Kriege, der Wille, den Krieg vorzubereiten, um Sieger zu werden, die Ueberzeugung, dass Macht immer vor Recht gehe, und dass das Recht stets nur der Niederschlag bestehender Machtverhältnisse, nicht der Ausdruck ewig gültiger Ordnungen sei — all das ist noch da. Es drapiert sich freilich als Furcht vor den andern, die angeblich so denken, aber diese Drapierung verbirgt nur sehr

schlecht die Tatsache, dass man selber die oberste Macht in der Welt erstrebt, an die Notwendigkeit des Krieges glaubt und aufs eiligste rüstet, um der «nächste Sieger» zu sein, der — so sehen heute die Aspekte aus — den Be-siegten anklagen und hängen wird.

Die Friedensverträge

Die Friedensverträge für die kleinen Satelliten des Dritten Reiches, welche nun in Paris von der Vollversammlung der Friedenskonferenz alle bis auf jenen für Finnland angenommen und den Grossen Vier zur letzten Bereinigung überwiesen wurden, können als kräftige Beweise für das alte Machthaben gelten, das fortduert. Es ist so, mögen auch Juristen, die das «Recht suchen», ihren Teil an der Abfassung dieser Dokumente haben.

Was alt, herkömmlich und seinem Sinne nach an diesen Verträgen heillos ist, das weiss man von *Versailles* her: Durch die Auferlegung sehr schwerer Reparationslasten versklavt man die besiegten Nationen auf Jahrzehnte hinaus und zerstört damit die Chancen jener Parteien und Kreise, die willens wären, ehrlich mit den Siegern zusammen zu arbeiten. «Gebt der Weimarer Republik eine Chance», hieß es Anno 1919. Man gab sie ihr erst, als es zu spät war, als die deutsche Republik schon von den Netzen der Völkischen durchfilzt war wie eine Hummelwabe von den zähen Gespinsten parasitischer Maden. «Gebt der Republik eine Chance», sagen die Italiener, müssen aber feststellen, dass vor allem die von den Russen geforderten 100 Millionen Dollars nicht reduziert wurden. Es werden diese Lasten sein, die dem fortlebenden Fascismus neuen Auftrieb geben. Schon spricht man von einer *Fusion der Liberalen* und der *Demokraten* mit den Leuten des «Uomo qualunque», die ganz einfach in Mussolinis Spuren wandeln und genau so operettenhaft politisieren wie einst der Duce. Zwar hat die wieder erstarkende Rechte einen Gegenspieler gefunden im heimgekehrten *Don Sturzo*, dem einstigen Chef des «Partito popolare», der Mussolinis wichtigster Gegenspieler war, und der in *de Gasperis* «christlicher Demokratie» seinen Nachfolger gefunden. Don Sturzos Appell an seine Parteifreunde ist eine Warnung sowohl an die Kirche, ihre Freunde nicht auf der Rechten zu suchen, als auch an de Gasperi, das Schwergewicht nicht nach rechts zu verlagern: Es kann dies zur Abstossung des konservativen Parteiflügels führen. Halten die Sozialisten einer wirklich demokratisch und sozial eingestellten katholischen Volkspartei die Treue, besteht keine Gefahr, dass die Kommunisten das Ruder mit Hilfe der sozialistischen Linken an sich reißen könnten.

Für diesen Fall hat Italien auch Aussicht, die von de Gasperi geplante Zurückweisung des Friedensdiktates mit viel stärkerer moralischer Autorität zu verfechten, als wenn die Staatsgewalt an eine Rechtsregierung überginge, die bereits im Geruche stände, in Mussolinis Fusstapfen zu wandeln.

Mit welchen Entwicklungen man in Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu rechnen haben wird, lässt sich nicht voraussehen. Ungarn und Rumänien sollen je 300 Millionen Dollars Kriegsentschädigung bezahlen, Bulgarien an Griechenland und Jugoslawien je $62\frac{1}{2}$ Millionen Dollars. Für Ungarn scheint dies viel zu viel, und die Amerikaner wollten 100 Millionen streichen, natürlich auf Kosten der russischen Forderungen. Die Russen aber verzichteten auf nichts. Ihre Ziele sind unverrückbar: Sie setzen sich auf dem Wege über diese Entschädigungen in den beiden Donaustaaten wirtschaftlich fest und werden damit dauernde Nutzniesser der ungarischen und rumänischen Produktion. Die Gestaltung der Handelsverträge, welche Budapest und Bukarest mit andern Staaten als Russland abschliessen möchten, liegt damit weitgehend in russischer Hand. Ueber die wirtschaftlichen Druckmittel wird man auch über politischen Einfluss verfügen. Hat man aber massgebenden politischen Einfluss, kann man die Folgen der beschlossenen Internationalisierung der

Donau parieren. Die einzige Hoffnung beider Kleinstaaten beruht auf dem *Abmarsch der russischen Armeen*. Wann der jedoch erfolgen wird, darüber sollen die Vier Grossen, d. h. die Aussenminister, entscheiden. Molotow wird kaum derjenige sein, der auf beschleunigten Abmarsch dringt ...

Der «Konflikt der Grossmächte», der sich während der langen Beratungen andauernd und unvermindert offenbarte und seinen Ausdruck in der *immer neu wiederholten Niederstimmung des «slawischen Blockes» durch den angelsächsischen Block* widerspiegelte, wird wohl mit gleicher Heftigkeit die Schlussphase der Pariser Konferenz charakterisieren. Dabei ist alles gewissermassen nur ein Vorspiel. *Das eigentliche Drama beginnt erst mit den Verhandlungen über Deutschland*. Sie werden sich unter veränderten Voraussetzungen abspielen, insofern als *in Amerika die Wahlen* eine Verschiebung der parteipolitischen Grundlagen bringen und *Truman-Byrnes* wahrscheinlich mit verstärkter Betonung amerikanischer Interessen auftreten werden. Das heisst aber mancherlei. *Die Republikaner*, die heute schon auf einen Wahlerfolg rechnen, die vielleicht sogar die *Kongressmehrheit* erobern werden, sind zwar offiziell nicht mehr «Isolationisten», aber sie verkörpern gewissermassen den «sacro egoismo» in den Volksmassen, sind also dem Geiste nach eins mit dem Isolationismus; die einstigen Gegner Wilsons können heute nicht mehr den Rückzug der «Schildkröte USA» in ihr eigenes Gehäuse fordern. Dafür plädieren sie für «*Schluss mit der Vergeudung* im Dienste der Besetzung Deutschlands». Ein Soldat der Besatzungsarmee kostet den Staat 6000 Dollars jährlich, Dem Hausvater und Rechner — das ist der durchschnittliche Yankee — kommt dies ungeheuerlich vor. Schluss also mit dem Unternehmen, bei welchem man so gewaltig draufzahlt!

Um diese Lasten loszuwerden, gibt es nur eins: *Deutschland muss auf eigene Füsse gestellt werden*, muss sich selbst ernähren, muss auf eigene Kosten wirtschaften, muss exportieren und die Importe bezahlen, kurz, muss den USA «ab der Tasche» kommen. Das aber wird es nicht im heutigen Zustande der Vierteilung. Damit weiss man auch, in welcher Richtung sich die amerikanischen Forderungen bewegen und verschärfen. Moskau wird wohl kategorischer als bisher aufgefordert werden, die Elbe-Saale-Grenze für den Handel mit dem Westen zu öffnen, die in Potsdam beschlossene wirtschaftliche Reichseinheit zu ermöglichen, auf die Deutschlandexporte nach Russland «auf Reparationskonto» zu verzichten, die Besatzungsarmee zu reduzieren, damit die Westmächte die ihren ebenfalls reduzieren können.

Es gibt ein untrügliches Anzeichen für die kommende verschärfte «Pro domo»-Politik Amerikas: *Moskau ist aufgefordert worden, sich mit Washington über die Leih- und Pacht-Lieferungen, die es von den USA bekommen, zu unterhalten* und einen Delegierten nach Amerika zu senden. Das heisst: Bezahlten! Heisst das Gegenteil einer Russlandanleihe in Amerika. Heisst: Druck auf der ganzen Linie im Hinblick auf das bevorstehende Markten.

Nehmen wir, um es nicht zu vergessen, hinzu, dass auf der andern «amerikanisch-russischen Front», in China, die Niederwerfung der russlandfreundlichen Kommunisten weitergeht: Hishing, die letzte rote Position in *Jehol*, ist gefallen. Die Armee Tschiangs nähert sich *Kalgan* hinter der «grossen Mauer». Die «Macht des Westens» schiebt sich unmittelbar an die russische und mongolische Grenze vor. Es sind USA-Waffen, es ist USA-Geld, welches Tschiangs Regierung instand setzt, das rote China langsam zu erledigen. Man darf das nicht unbeachtet lassen.

Zu notieren ist, dass auf der Deutschlandkonferenz vorläufig *kein De Gaulle-Frankreich*, sondern das bisherige mitwirken wird. Der *Verfassungsentwurf* ist gegen De Gaulles Nein-Parole mit $8\frac{1}{2}$ gegen $7\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen angenommen worden.